

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, Steffen Janich, Dr. Christian Wirth, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Barbara Benkstein, René Bochmann, Marcus Bühl, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Verbot des Vereins Muslim Interaktiv

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Verein „Muslim Interaktiv“ (MI) ist eine extremistische, radikal-islamische Organisation, deren Wirken sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet. Dies wurde u. a. auf einer von „Muslim Interaktiv“ veranstalteten Demonstration Ende April in Hamburg deutlich, an der weit über 1.000 islamistische Demonstranten teilnahmen und bei der die Errichtung eines Kalifats und die Einführung der Scharia in Deutschland gefordert wurden. In der Herrschaftsform des Kalifats gibt es weder eine Gewaltenteilung, noch ist eine Trennung von Staat und Religion vorgesehen. Von den Organisatoren der Hamburger Demonstration wurde immer wieder zu „Allahu Akbar“-Rufen („Gott ist groß“) aufgefordert. Teilweise wurden die Fahnen des Islamischen Staats, von „Al-Kaida“ sowie „Hizb ut-Tahrir“ gezeigt. Bei mehreren Veranstaltungen im Vorfeld zeichnete sich ein ähnliches Bild. Die Ausrichtung von „Muslim Interaktiv“ ist mit dem Grundgesetz unvereinbar. Sowohl unsere verfassungsmäßig verbrieften Freiheitsrechte als auch die demokratische Staatsordnung werden abgelehnt. Das Ziel von „Muslim Interaktiv“ ist die Verbreitung eines radikalen Islam. Sie positionieren sich gegen die USA, gegen Israel, gegen die Idee der Demokratie und generell gegen das freiheitlich-westliche Wertesystem. Sie streben nach der Errichtung eines globalen Kalifats mit der Scharia als göttlichem Gesetz, d. h. einer Diktatur ohne Gewaltenteilung oder Beachtung der Menschenrechte. „Muslim Interaktiv“ wurde vom Hamburger Verfassungsschutz als gesichert extremistisch eingestuft und steht in ideologischer Nähe zur 2003 in Deutschland verbotenen Organisation „Hizb ut-Tahrir“, der islamischen Befreiungsfront. Das Weltbild von „Muslim Interaktiv“ stellt einen Gegenentwurf zu unserer freiheitlich verfassten Gesellschaft dar, mit ganz anderen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft und anderen Frauen- sowie archaischen Männerbildern. Hier ist die wehrhafte Demokratie zu höchster Achtsamkeit aufgerufen und der Staat gefordert, sich islamistischen Auswüchsen mit einem umfangreichen Maßnahmenportfolio, bis hin zur Beendigung der unkontrollierten Zuwanderung aus islamischen Ländern, zu erwehren. Als Sofortmaßnahme muss dem Wirken von „Muslim Interaktiv“ und seinen Protagonisten im Rahmen eines Vereinsverbots ein Ende gemacht werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. ein Verbotsverfahren gegen den Verein „Muslim Interaktiv“ wegen Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung einzuleiten und bei Vorliegen der Voraussetzungen dieses Verbot unverzüglich zu erlassen und umzusetzen. Der Deutsche Bundestag ist über das Ergebnis dieser Prüfung und der erlassenen Maßnahmen zu unterrichten;
 2. zu prüfen, inwieweit Vereinsverbote gegen weitere Organisationen erlassen werden können, die der „Hizb ut-Tahrir“-Bewegung zugehörig sind.

Berlin, den 8. Mai 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Muslim Interaktiv

Laut dem Hamburger Verfassungsschutzbericht 2022 leben in Hamburg 1.755 Islamisten, davon sind 1.450 gewaltorientiert. Der Islamismus ist in Deutschland weiter auf dem Vormarsch. Islamistische Antisemiten verbreiten ihre Propaganda auf aggressive Weise. Eine bedeutende Rolle bei der Gewinnung neuer Anhänger spielt die Jugendgruppierung „Muslim Interaktiv“. Nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg handelt es sich bei der Gruppierung „Muslim Interaktiv“ um eine gesichert extremistische Bestrebung, welche der Organisation „Hizb ut-Tahrir“ ideologisch nahesteht, gegen die in Deutschland 2003 ein Betätigungsverbot verhängt wurde.¹ MI ist auf jung und cool getrimmt. Es kam vermehrt zu einer medialen Aufmerksamkeit durch ein uniformiertes Auftreten in schwarzer Kleidung. Das Ziel von „Muslim Interaktiv“ ist die Verbreitung einer radikalen Form des Islam. Sie verabscheuen Israel, die Demokratie und den Westen. Sie streben nach der Errichtung eines globalen Kalifats mit der Scharia als göttlichem Gesetz. Also einer Diktatur, ohne Gewaltenteilung und freiheitliche Grundrechte. Auch im Zuge des Israel-Gaza-Konflikt 2021 erhielt „Muslim Interaktiv“ mediale Aufmerksamkeit. Laut Eigenbeschreibung möchte die Gruppe zur „Praktizierung des Islam in allen Lebensbereichen“ ermutigen.

Medienaktivität

„Muslim Interaktiv“ betreibt eine neue digitale Spielart des politischen Islam, die nun auch im Internet und nicht mehr nur in Hinterhof-Moscheen stattfindet. Dort entsteht eine Art „Pop-Islam“, eine Bezeichnung für ein neues moslemisches Jugendphänomen: „Kalifat im Hoodie, auf Deutsch, offen bedrohlich für die Mehrheitsgesellschaft“.² Die Akquise neuer Mitglieder erfolgt vielfach übers Internet. Führende Köpfe von MI erfreuen sich höchster medialer Beliebtheit, ein Zeichen auch für nachwachsenden Radikalismus. Die Bezeichnung „radikale Gangster-Rap-Islamisten“ wäre wahrlich treffender für dieses Phänomen. Diese neue Form der Werbung für einen radikalen und in alle Lebensbereiche eindringenden Islam birgt auch angesichts anhaltender Zuwanderung aus muslimisch geprägten Ländern ein erhebliches Bedrohungspotential für die freiheitliche demokratische Grundordnung.

„Hizb ut-Tahrir“

„Muslim Interaktiv“ ist eine Tarnorganisation der islamistischen „Hizb ut-Tahrir“-Bewegung (HuT). „Hizb ut-Tahrir“ ist eine seit den 50er Jahren aktive, radikale, islamistische und antisemitische Bewegung, die die Errichtung eines globalen Kalifat-Staates anstrebt. Vom Bundesamt für Verfassungsschutz werden sie der salafistischen

¹ Antwort des Hamburger Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Nockemann, Drs. 22/14954 v. 19.04.2024

² vgl. https://amp.focus.de/politik/kommentar-von-ulrich-reitz-die-kalifat-demo-offenbart-zehn-probleme-eines-heisst-nancy-faeser_id_259899-682.html

Szene zugeordnet. Wegen „Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung und der Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Belange“ erging 2003 ein Betätigungsverbot gegen die Organisation in Deutschland. „Seither operiert sie im Geheimen und vornehmlich durch die Tarnorganisationen „Muslim Interaktiv“ (Hamburg), Realität Islam (Rhein-Main-Gebiet), Generation Islam (Nordrhein-Westfalen) und Nebevi Çözüm Cemiyeti (Berlin)“.³ Während „Hizb ut-Tahrir“ seit 2003 in Deutschland verboten ist, kann ihr geistiger Nachfolger „Muslim Interaktiv“ jedoch ungehindert weiterwirken.

Auch viele gewaltbereite Anhänger sind hier weiter aktiv. Zur Tötung von Juden soll die „Hizb ut-Tahrir“ laut der Verbotsverfügung des Innenministeriums auch aufgerufen haben.⁴ „Hizb ut-Tahrir“ ist ebenfalls in den meisten arabischen Staaten verboten, weil die Gruppe auch die dortigen Herrschaftssysteme ablehnt. Erst Anfang April wurden bei der Hamburger Al-Nour-Moschee Flyer verteilt, auf denen die Köpfe der Regierungschefs von 57 muslimischen Ländern abgebildet waren, die durch einen Kalifen ersetzt werden sollen.⁵

Aktivitäten

In Hamburg haben Ende April 2024 die Islamisten der MI für die Einführung einer islamischen Diktatur („Kalifat“) demonstriert. Auf Plakaten standen Slogans wie „Deutschland = Wertediktatur“ oder „Kalifat ist die Lösung“. Die Polizei gab die Zahl der Teilnehmer mit 1.100 an.⁶ Andere Quellen sprechen von bis zu 1.250 Teilnehmern.⁷ Anmelder und Initiator in Hamburg war ein Deutsch-Ghanese, welcher in Deutschland ein Lehramtsstudium absolviert und eine führende Figur von MI darstellt. Die Kundgebung richtete sich gegen eine aus Sicht von MI islamfeindliche Politik und Medienkampagne hier in Deutschland. Es wurden die Fahnen von IS, von „Al-Kaida“ sowie „Hizb ut-Tahrir“ gezeigt.⁸

Das auf der Kundgebung befürwortete Kalifat ist eine Herrschaftsform, bei der die weltliche und religiöse Führerschaft in der Person eines Kalifen als Stellvertreter von Glaubensgründer Mohammed vereint sind. Eine Trennung von Staat und Religion, wie in klassischen Demokratien vorhanden, gibt es nicht. Wer zur Gründung eines Kalifats aufruft, agiert folglich demokratie- und verfassungsfeindlich.⁹

Bei der Demonstration in Hamburg forderten die Organisatoren immer wieder zu „Allahu Akbar“-Rufen („Gott ist groß“) auf. Und die Teilnehmer der Kundgebung kamen dem in lautstarken Sprechchören nach, was viele Anwohner und Passanten aufgrund der Vielzahl an Demonstranten in Angst und Schrecken versetzte.

Bei der Kundgebung liefen Männer und Frauen deutlich voneinander getrennt. Frauen zeigten sich vollverschleiert, was ein Verstoß gegen das Vermummungsverbot darstellen kann, aber vor allem das unterschiedliche Rollenbild der zwei Geschlechter im Islam betont.

Im Rahmen der Veranstaltungen, die während des diesjährigen Fastenmonats Ramadan durch Mitglieder der HuT beziehungsweise von MI organisiert wurden, ist „mehrfach die Errichtung eines Kalifats zunächst in der Nahostregion und perspektivisch auch weltweit gefordert worden. Die Forderung nach einem solchen Kalifat in der Nahostregion ist gleichbedeutend mit der Forderung nach einer Auslöschung der staatlichen Existenz Israels“.¹⁰

Mehrfach versammelten sich Hunderte von Mitgliedern und Anhänger der Gruppierung „Muslim Interaktiv“ im Hamburger Stadtteil Allermöhe. Die Teilnehmerzahl wurde mit jeweils 300 bis 400 beziffert. Die Treffen fanden nicht öffentlich statt. Ein Aufschrei in der Politik blieb bisher aus.

„Muslim Interaktiv“ hatte auch bereits Ende Oktober 2023 trotz Verbots eine Demonstration in Hamburg-St. Georg organisiert. Im Februar 2023 mobilisierte MI sogar 3.500 Menschen zu einer Kundgebung. Diese richtete sich gegen eine Koranverbrennung in Schweden.¹¹

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Hizb_ut-Tahrir_in_Deutschland#cite_note-30

⁴ www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/hamburg-demonstration-radikale-muslime/

⁵ www.bild.de/bild-plus/regional/hamburg/hamburg-aktuell/islamismus-und-kalifat-hamburger-student-ist-einpeitscher-der-radikalen-87798524.bild.html

⁶ vgl. www.derstandard.de/story/3000000217882/islamisten-demonstrierten-in-hamburg-f252r-kalifat

⁷ www.bild.de/politik/inland/kalifats-verein-spd-oberbuergermeister-fordert-verbot-6630cafb8f6b044ee78f785

⁸ www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/demonstration-hamburg-kalifat-muslim-interaktiv-100.html

⁹ www.derstandard.de/story/3000000217882/islamisten-demonstrierten-in-hamburg-f252r-kalifat

¹⁰ Antwort des Hamburger Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Nockemann, Drs. 22/14954 v. 19.04.2024

¹¹ www.derstandard.de/story/3000000217882/islamisten-demonstrierten-in-hamburg-f252r-kalifat

Kalifat

Der Hamburger Verfassungsschutz warnte vor der Teilnahme an der jüngsten Demonstration. Wer daran teilnehme, werde „Seite an Seite mit Islamisten“ stehen, hieß es. Ideologisch wird MI der verbotenen Gruppierung „Hizb-ut-Tahrir“ zugeordnet, welche sich für die Errichtung eines Kalifats, also eines Gottesstaates mit der Scharia als maßgeblicher Rechtsquelle einsetzt(e).

Bei einem Kalifat handelt es sich um einen Gottesstaat, der von einem weltlichen und religiösen Führer in einer Person regiert wird. Freiheitliche Grundrechte gibt es nicht. Dafür gilt die Scharia. In einer rechtsstaatlichen Demokratie wie Deutschland nicht vorstellbar. Und doch wurde bei einer Demonstration des Vereins „Muslim Interaktiv“ in Hamburg das Kalifat als „Lösung“ bezeichnet.¹²

In einem Kalifat gibt es zudem keine Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit. Die Islamisten lehnen also ab, was ihnen in Deutschland selbst durch das Grundgesetz garantiert wird.¹³

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, was ein Kalifat für praktische Auswirkungen haben kann: Am 29. Juni 2014 rief Abu Bakr al-Baghdadi, der Anführer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS), in Mossul im Norden des Irak ein weltweites Kalifat aus. „Der Feldzug des IS zerstörte ganze Landstriche in Syrien und im Irak. Der Genozid an den Jesiden kostete tausende Menschen das Leben, unzählige Mädchen und Frauen wurden entführt und systematisch sexuell missbraucht. Massaker an sogenannten Ungläubigen und Apostaten waren an der Tagesordnung. Millionen flüchteten. In den zum Gefängnis umfunktionierten Katakomben des Fußballstadions der Kalifat-Hauptstadt Rakka in Syrien wurde Häftlingen bei lebendigem Leib die Haut abgezogen. Jeden Freitag fanden öffentliche Hinrichtungen statt. Nach antiquiertem Scharia-Recht wurden Hände amputiert, Menschen enthauptet und in Käfigen verbrannt. Jede Kritik am Kalifat endete mit dem Tod. Der IS überzog die gesamte Region mit Krieg, um den Menschen seine rigide Version des Islam mit aller Gewalt aufzuzwingen.“¹⁴

„Der Islam herrscht dann als Weltreligion über alle Menschen – wenn nötig auch mit Gewalt. Der französische Politikwissenschaftler Olivier Roy beschreibt diese Strategie als „globale Basisrevolution, die in einem plötzlichen, tausendjährigen Sieg gipfeln“ soll.“¹⁵ Das Kalifat ist laut Bundeszentrale für politische Bildung „die Institution des weltlich-religiösen Herrschers in der muslimischen Welt.“¹⁶ Im Kalifat soll die Gemeinschaft aller Muslime (Ummah) vereinigt werden. Es soll das Paradies darstellen. Für die meisten dort lebenden Menschen entwickelte sich jedoch das letzte sog. Kalifat zur Hölle auf Erden.

Die Massenaufmärsche, wie die islamistischen Eiferer in Hamburg, lassen keinen Zweifel daran, dass Deutschland und Europa vom Islamismus existenziell bedroht werden.¹⁷

Verbot

Ein Verbot von MI ist die Konsequenz von Vorgenanntem und ein wirksames Mittel zur Verteidigung des Rechtsstaats: Der Verein wird aufgelöst und jede weitere Tätigkeit, wie neue Kundgebungen oder planvoll betriebene Nachwuchsgewinnung über Social Media verboten und ein Verstoß hiergegen strafbar. Ergänzend ist das Vereinsvermögen zu beschlagnahmen.¹⁸

Die Prüfung und der Erlass eines Vereinsverbotes ist der folgerichtige Schritt zur Gewährleistung der Sicherheit von Staat und Bürgern, zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat sowie ein starkes Signal, dass das deutsche Volk, dem dieser Bundestag verpflichtet ist, bedrohlichen islamistischen Auswüchsen Einhalt gebietet.

¹² www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/demonstration-hamburg-kalifat-muslim-interaktiv-100.html

¹³ www.bild.de/politik/inland/kalifats-verein-spd-oberbuergemeister-fordert-verbot-6630cafb8f6b044ee78f785

¹⁴ www.welt.de/politik/ausland/plus251299936/Demo-in-Hamburg-Der-islamistische-Traum-vom-Kalifat-und-seine-grauenhaften-Folgen.html?icid=search.product.onsitesearch

¹⁵ ebenda

¹⁶ www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/islam-lexikon/21488/kalifat/

¹⁷ AfD-Bundesverband, Infobrief v. 03.05.2024

¹⁸ www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/demonstration-hamburg-kalifat-muslim-interaktiv-100.html

